

turbine

Mitteilungsblatt der DKP für VOITH-Beschäftigte

TURBINE Ausgabe Nr. 01

Februar 2006

Jahrgang 35

Tarifrunde 2006 hat begonnen

Massenkaufkraft stärken Arbeitsplätze sichern

R. Püschel: „Bei VOITH sind 5 Prozent drin“

Reinhard Püschel, in Heidenheim kein unbekannter, seit 2004 im Gemeinderat der Stadt, aktiv im Mieterverein und an der Seite der Arbeiter und Angestellten gewerkschaftlich organisiert. Zu den Landtagswahlen sprach mit ihm die TURBINE-Redaktion.

TURB.: Reinhard, schon zur Bundestagswahl wurdest Du vom Landesparteitag der LINKEN.PDS auf Platz 10 ihrer Landesliste gewählt. Zu den Landtagswahlen im März hat Dich die Mitgliederversammlung der WASG-Heidenheim zum Kandidaten bestellt. In Heidenheim kennt Dich jeder Mann und jede Frau als DKP Stadtrat. Wie lässt sich das alles mit Deiner Person verbinden?

R.P.: Es hat mich natürlich gefreut, von der LINKEN.PDS und auch von der WASG zu ihrem Kandidaten gewählt zu werden. Um was geht es aber überhaupt bei den Linken in der BRD? Nur gemeinsam können wir stark sein. Bei den Wahlen in die Parlamente muss es eine einheitlich handelnde Linke geben. Aber keine Einheitspartei. Breite parlamentarische Bündnisse mit einer starken außerparlamentarischen Opposition lässt meiner Meinung nach Kraft für Widerstand gegen Neoliberalismus, Neofaschismus und gegen den dramatischen Sozialabbau im Ländle ent-

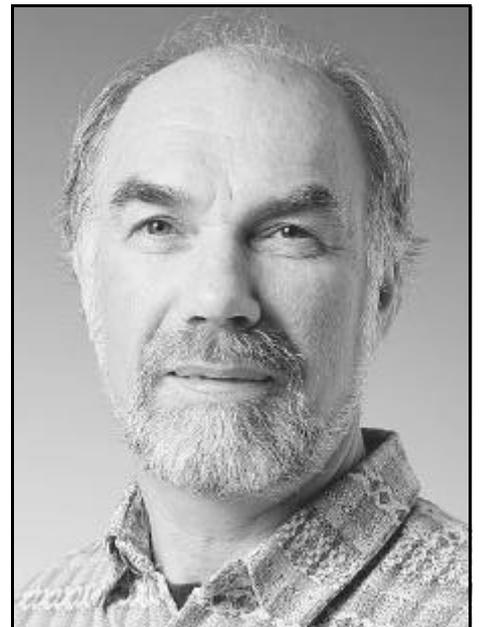
wickeln. Bündnisarbeit für gemeinsame Schwerpunkte halte ich für erfolgreicher als Einzelparteitaktik.

TURB.: Für eine Partei, die WASG, die sich aus vielen ausgetretenen SPD-Mitgliedern und linken Gewerkschaftern zusammensetzt, müssen die gegenwärtigen Tarifrunden im öffentlichen Dienst und bei den Metallern politische Schwerpunkte sein. Was sind Deine Positionen zu den Tarifrunden bei ver.di und IG Metall?

R.P.: Es ist ein tarifpolitischer Skandal, dass die Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes, auch OB Ilg, darauf spekulieren, die Arbeitszeit ohne Lohnausgleich für die Beschäftigten des Rathauses auf 40 Wochenstunden anheben zu können. Eine solche Arbeitszeitpolitik bedeutet für die Beschäftigten des Rathauses in Heidenheim weiteren Arbeitsplatzabbau und weitere Leistungsverdichtung für die Restbelegschaft. Ist es denn nicht genug, dass in den letzten 10 Jahren im Rathaus rund 150 Arbeitsplätze abgebaut wurden und dadurch rechnerisch rund 5 Schulklassen die Arbeitsplätze fehlen. Die kommunale Finanznot darf nicht auf den Schultern der Beschäftigten ausgetragen werden.

TURB.: Und in der Metallindustrie?

R.P.: Die Multis, dazu zähle ich auch die VOITH AG, haben seit Jahren



DKP Stadtrat Reinhard Püschel

Kandidat der  **Die Wahlalternative**

**in den Landtag
von Baden Württemberg**

vorwiegend im Export sehr gute Erträge. Die Binnennachfrage ist so gut wie tot. Es ist höchste Zeit, dass mit kräftigen Lohn/Gehaltserhöhungen die Massenkaufkraft gesteigert wird.

(Fortsetzung auf Seite 2)

(Fortsetzung von Seite 1)

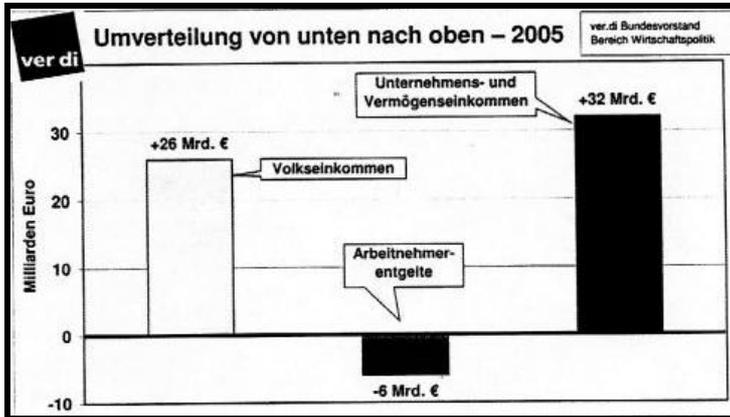
Nicht nur bei VOITH sind 5 Prozent drin. Die Verbesserung der Binnennachfrage schafft auch Arbeitsplätze. Die Kampfmaßnahmen der ver.di, und die anstehende Tarifrunde der IG Metall, werde ich mit aller Kraft unterstützen.

TURB.: Wie kommst Du darauf, dass nicht nur bei VOITH 5% drin sind?

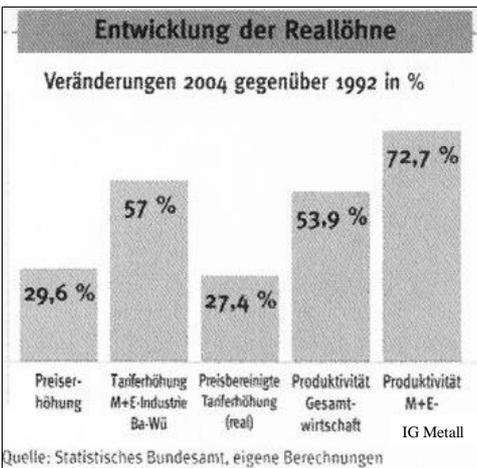
R.P. Die Produktivität in der Metall- und Elektroindustrie steigt seit Jahren beständig an. Die Lohnstückkosten

bzw. wie kann die Massenkaufkraft gestärkt werden, um hier eine Wende zu erreichen?

R.P. Um ein halbes Prozent sind 2005 die „Arbeitnehmerentgelte“ gesunken. Darin enthalten sind die Löhne und Gehälter sowie auch die Sozialabgaben - die sogenannten „Lohnnebenkosten“.



dagegen sinken seit Jahren. Das ist nicht nur eine Entwicklung in den Betrieben sondern auch gesamtgesellschaftlich. Die Arbeitnehmerinnen und die Arbeitnehmer, die Arbeitslosen und die Rentner sind Konsumenten. Es sind aber



schlechte Konsumentinnen und Konsumenten. Die Arbeitslosigkeit hat ein Rekordniveau von über 5 Millionen erreicht. Sie zusammen haben jede Schicht für sich, drastisch gekürzte Sozialleistungen. Wenn überall die verfügbaren Haushaltseinkommen nach unten gedrückt werden, braucht man sich nicht über schlechte Märkte und eine schwindsüchtige Massenkaufkraft zu beschweren.

TURB.: Haben denn die „LINKEN“, PDS, WASG und die DKP überhaupt ein Rezept, um in den Prozess der Arbeitsplatzvernichtung einzugreifen

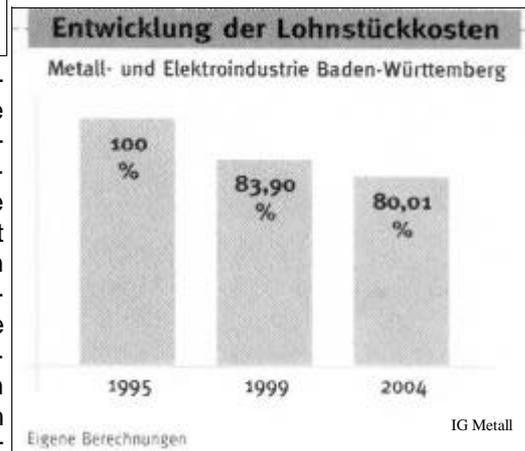
gen. Kein Wunder wenn die Binnennachfrage schwächelt und die Wirtschaft nicht ins Laufen kommt. Unternehmer, Reiche und Vermögende haben also zum ersten Mal nicht nur den Zuwachs beim Volkseinkommen in die Tasche

Dies ist bislang einmalig in der BRD. Wegen der Inflation ist das sogar ein realer Verlust von 2,5 Prozent. In Euro gerechnet haben alle Beschäftigten 6 Milliarden Euro weniger erhalten. Dabei gab es in der BRD wegen des gestiegenen Volkseinkommens rund 26 Milliarden Euro mehr zu verteilen. Also die Arbeitnehmerentgelte sind 6 Mrd. Euro gesunken, dagegen aber sind die Unternehmens- und Vermögenseinkommen um satte 32 Mrd. Euro gestie-

gesteckt. Nein! Bei uns haben sie auch noch 6 Mrd. Euro abkassiert. Was hat das noch mit „sozialer Marktwirtschaft“ zu tun?

TURB.: Konkret - was ist zu tun?

R.P. Zwischen den „LINKEN“, PDS, WASG und DKP gibt es hier keine abweichende Meinung. Die Forderungen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst und bei den Metallern müssen erfolgreich umgesetzt werden. Die Politik muss die Vermögenssteuer



wieder einführen, der Spitzensteuersatz muss wieder auf 50% angehoben und die Körperschaftsteuer muss deutlich erhöht werden, um nur ein paar Beispiele anzuführen.

TURB.: Reinhard, für die Antworten auf un-

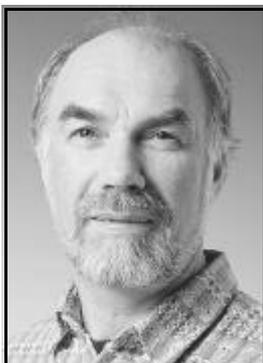
serere Fragen möchten wir uns bedanken.

am 26. März 2006

wählen

Treppenanlagen und Fußwege werden stillgelegt

Stadtverwaltung lässt Bürgerfreundlichkeit missen.



**DKP Stadtrat
R. Püschel**

Der Innenstadt alles, den Wohngebieten nichts. Das scheint die Devise der Stadtverwaltung zu sein, wenn es darum geht, die seit Jahren vernachlässigten Fußwege und Treppen stillzulegen. Die in den Wohngebieten spezifischen Fußwege sind die ersten Opfer der städt. Sparpolitik. „Treppen und Wege in Wohn-

gebieten sind Teil der Bebauung und zählen zur Infrastruktur des Wohnumfeldes“. So Stadtrat Huber, der gemeinsam mit Stadtrat Püschel, für die Sanierung der Fußwege und der Treppen in den Wohngebieten plädierte. Die Kernstadt eng, im Kreuzpunkt des Stuben- und Brenztales, die Wohngebiete vielfach Hanglagen, sie brauchen Fuß- und Treppenwege, nicht nur um den Familien, den Kindern und Schülern u.s.w. sondern auch um denjenigen,

die öffentliche Dienstleistungen erledigen, z.B Postboten, die Arbeit zu erleichtern. Ob in der Weststadt, Panoramaweg, Ziegelacker, der Voithsiedlung oder der Schmittenbergstraße, welcher Anleger wünscht sich den Kauf maroder Fuß- und Treppenwege. Die Uneinigkeit der Räte und ihrer Fraktionen bei den Einzelabstimmungen sicherte der Verwaltung ihr Sparkonzept. Die christliche Fraktion sicherte dem OB Ilg (CDU) seine Einsparungsvorschläge

Betriebs- u. Gewerkschaftsspiegel

Starke Gewerkschaften, starke Betriebsräte

Demokratische Vorwahlen stärken die Gemeinsamkeit

Die Betriebsratswahlen 2006 stehen vor der Tür. Gerade in der aktuellen wirtschaftlichen und politischen Situation bieten sie gute Möglichkeiten, die politische und soziale Entwicklung aufzuzeigen. EP-COS, PLOUCQUET und andere in der Stadt und der Region, sind Beispiele des Widerstands. Aber auch AEG ist ein Beispiel des aktiven Widerstands vor Ort. Betriebsräte brauchen für die Zukunft klare politische Grundpositionen, Konfliktbereitschaft und Widerstandskraft gegen Neoliberalismus und kapitalorientierte Anpassungsstrategien. Sozialpartnerschaft in den Betriebsratsorganen hat keine Zukunft mehr. Die Tarifrunde 2006 fordert auch die Betriebsräte vor Ort.

Wahlvorschlag der ganzen Belegschaft

Bei Neuwahlen gilt es nicht

nur zurückzublicken. Bei VOITH wurden die Betriebsratswahlen durch Vorwahlen eingeläutet. Eine traditionsreiche Praxis. Alle VOITHianer, ob gewerkschaftlich organisiert oder nicht, konnten die personelle Platzierung des Wahlvorschlags der IG Metall nach dem Höchststimmen-Verfahren bestimmen. Ein großzügiges, demokratisches Verfahren, das den Beschäftigten die Möglichkeit direkter Einflussnahme auf die Zusammenstellung des Wahlvorschlags sichert. Die Hauptwahl steht vor der Tür. Der Blick nach vorne ist gefragt. Der von der ganzen Belegschaft platzierte Wahlvorschlag, diese Einmaligkeit, gilt es, um Spalterlisten abzuwehren, mit ganzer Kraft zu unterstützen. Ein Wahlvorschlag der ganzen Belegschaft muss etwas Wert sein.



Christliche „Gewerkschaften“ -sie können nur billig

Als „reinen Gefälligkeitsabschluss zugunsten der Arbeitgeber“ muss der Tarifabschluss in Berlin Brandenburg-Sachsen der CGM bewertet werden. Der Tarifierhöhung entspricht in ihrem Volumen dem Volumen des Gesamtmetall -Funktionärs Kannegiesser. Ganze 1,5% mehr Geld sollen die Beschäftigten der CGM ab Juli 2006 und noch einmal 1,5 % ab März 2007 bekommen. Dieses Ergebnis liegt weit unter der Inflationsrate und bedeutet für die Beschäftigten einen auf zwei Jahre festgeschriebenen Kaufkraftverlust. Der CGM führt Geheimverhandlungen. Nicht einmal bei der Unterzeichnung des „Tarifvertrags“ war die Öffentlichkeit zugelassen.



Solidarität mit den Streikenden im öffentlichen Dienst

Kolleginnen und Kollegen, zeigt Euch solidarisch mit den Streikenden im öffentlichen Dienst. Es geht um unser aller Arbeitsplätze, um die Zukunftsperspektiven für unsere Kinder, um die qualifizierten Dienstleistungen, von denen wir alle profitieren. Wenn die Herren der Städte und Gemeinden und die Landesregierung sich mit ihrer unbezahlten Arbeitszeitverlängerung auf 40 Stunden pro Woche durchsetzen, dann sind 250.000 Arbeitsplätze in Deutschland gefährdet. Die Streikenden kämpfen für uns alle.

**38,5 bleibt
sonst streikt's**

Gießerei-VOITHianer haben Hoffnung

Gießerei in Zukunft sicher?

Wer steckt hinter der SHW Casting Technologies (SHW CT)?

Für die über 130 Mitarbeiter der ehemaligen VOITH-Gießerei ist die über Monate währende Unsicherheit zu Ende. Zum 31. Dez. 2005 erwarb die Casting Technologie (CT) GmbH mit Sitz in Wasseralfingen die Heidenheimer Gießerei GmbH & Co. KG von VOITH. Einen Personalabbau wird es nicht geben. So in der HZ am 10.01.2006. Die langfristige Exi-

stenzsicherung der Heidenheimer Gießerei komme vor allem den Mitarbeitern zugute, sagte Severing, geschäftsführender Gesellschafter der CT-GmbH. Severing ließ allerdings offen, dass es nicht ausgeschlossen sei, dass Mitarbeiter innerhalb der CT-Gruppe wechseln müssten. Wie groß ist die CT-Gruppe?. Sind es nur die Gießereien in Wasseral-

fingen, Königsbronn und den USA? Sind 800.000 Euro für Investitionen nach jahrelangem Investitionsstau nicht zu wenig, um konkurrenzfähig zu produzieren? Sind die SHW selbst noch im gemeinschaftlichen Besitz der MAN AG und der Landesstiftung Baden-Württemberg? Beabsichtigt die CT-Gruppe weitere Gießereien zu erwerben? Bei den Gießerei-VOITHianern sind noch Fragen offen. Das neue Management in Wasseralfingen sollte sich um eine öffentliche Aufklärung bemühen.



Vermischtes / Internationales / Meldungen / Infos

Drohungen, Schutzgelder, Krieg

MÜNCHEN (gfp.com) - Bundeskanzlerin Angela Merkel fordert größeren deutschen Einfluss in der NATO und will die Schlagkraft des westlichen Kriegsverbündnisses durch weltweite Kooperationen mit Drittstaaten vergrößern. Die Pläne, die Merkel am Samstag den 04.02.06 auf dem Münchner Rüstungstreffen bekannt gab, erweitern das militärisch-finanzielle Potential des transatlantischen Paktes und ergänzen Pläne der

USA. Nach den Worten von US-Verteidigungsminister Rumsfeld müssen die NATO - Mitgliedsstaaten ihre Rüstungsetats entschieden aufstocken, um die entsprechenden US-Budgets zu entlasten. Sie belaufen sich auf bis zu 600 Milliarden US-Dollar. Das deutsch-amerikanische Programm will die NATO bis ins Chinesische Meer vorschieben und richtet sich eindeutig gegen Beijing. Der in München avisierte NATO-Beitritt Georgiens und der Ukraine, den der georgische Staatspräsident und der

ukrainische Verteidigungsminister am gestrigen Samstag einforderten, ist auf Konfrontationen mit Moskau angelegt. Zugleich werden gegen die islamische Welt kriegerische Drohungen ausgestoßen. Einen Überfall auf den Iran ("Militärschlag") zieht der deutsche Verteidigungsminister in Betracht, will ihn aber "zur Zeit" noch ausschließen. Das Gesamtpaket der deutsch - amerikanischen Bündnispläne hat eine weitere Reduzierung der weltpolitischen Bedeutung Frankreichs zur Konsequenz. Quelle: german-foreign-policy

Gedenken an die 11.000 Kinder die in deutsche Konzentrationslager deportiert wurden.

Bei Demonstrationen in elf deutschen Städten verlangten mehrere Deportationsopfer der Deutschen Reichsbahn und über 700 Kundgebungsteilnehmer die Freigabe der Publikumsbahnhöfe für das Gedenken an die Ermordeten.

Unter großem Beifall der rund 280 Besucher gab Beate Klarsfeld bei der Eröffnung der Stuttgarter Ausstellung "Elftausend Kinder - Mit der Reichsbahn in den Tod" einen Eindruck vom jahrzehntelangen Kampf um Verfolgung der Täter und Anerkennung der Opfer. Unter Beteiligung von Gerhard Manthey und Bärbel Illi (beide ver.di/Baden-Württemberg) zogen die Teilnehmer der Veranstaltung anschließend in den Stuttgarter Hauptbahnhof und verlasen Dutzende Namen aus den Kindertransporten. "Die Grausamkeit der Täter scheint unerklärlich, wenn wir sie ihren Charakteren zuschreiben; die Taten werden fassbarer, wenn wir an die Interessen denken, um die es damals ging", sagte ein Vertreter der Initiative "Elftausend Kinder" in seiner Ansprache an die Reisenden. "Die Massentransporte brachten der Reichsbahn Millionen ein, so wie Millionen an den Häftlingen in Auschwitz und in anderen Lagern verdient wurden. Diese Reichsbahngewinne sind in den Vermögensstock der Bahn AG geflossen. Die Bahn AG muss der elftausend Kinder auf den deutschen Publikumsbahnhöfen gedenken!"

